

Speisegemeinschaft.

Die Erörterungen der reichsdeutschen Presse und die bisher vereinzelten Versuche deutscher Verwaltungen, durch Herstellung einer Einheitskost mit einem Schlage den Schwierigkeiten der Verteilung vieler roher Lebensmittel und der Verschwendung der Einkammlenkost zu begegnen, haben auf einmal aktuellste Bedeutung erlangt. Kein geringerer als der Präsident des Kriegs-ernährungsamtes Batocki, der übrigens gestern schon Zeit gefunden hat, sich dem Budgetausschuß des deutschen Reichstages vorzustellen, hat dort die Förderung der Massenspeisung von Reich wegen in Aussicht gestellt. Zugleich kommen von Köln, von Berlin, aus fast allen größeren Städten des Reiches Nachrichten, daß mit der praktischen Durchführung sofort Ernst gemacht wird.

Die Entschlossenheit, mit der auch hierin das Deutsche Reich ein System aufnimmt, das so fernab von allen im Frieden gewöhnten Vorstellungen liegt und auch allen Vorurteilen der Friedenswirtschaft so feindlich entgegentritt, nötigt der Welt Achtung und vor allem anderen auch Beachtung ab.

Hören wir zunächst die Begründung, die dieser Maßregel von einer dem Ernährungsamt nahestehenden Seite gegeben wird: „Die Vorteile der Massenspeisung sind so bedeutende, daß ihre Einführung weiteste Verbreitung, besonders durch die Gemeinden, finden sollte. Der für Massenspeisung notwendige zentralisierte Einkauf gestaltet sich billiger und leichter. Er ist frei von dem Warten und Stehen vor den Läden, wird nur von wenigen für viele ausgeübt und erübrigt daher Kräfte für andere Verwendung. Er wirkt also kräftesparend und verbilligend. Die Ausnützung der Nahrungstoffe für die Ernährung ist bei der Herstellung im großen viel ergiebiger als bei der Einzelherstellung. Es kann gehaltreicher gekocht werden. Die Ernährungsweise wird besser, Unterernährung wird sicherer verhindert als in manchen Einzelhaushalten, in denen hierfür Anpassungsfähigkeit der Frau an die bestehenden Verhältnisse, weitgehende Kochkenntnisse und schließlich auch die geldlichen Vorbedingungen und die für das Kochen zur Verfügung stehende Zeit mitsparend bleiben. Durch Massenspeisung allein ist es möglich, besonders den Minderbemittelten und Ärmern die Wohltat behördlicher Unterstützung zuteil werden zu lassen. In dieser Möglichkeit — vor dem Kriege diente die Massenspeisung fast ausschließlich diesem Zwecke — liegt auch in der Hauptsache das Vorurteil, das gegen ihre allgemeine Einführung geltend gemacht wird. Es fällt unter dem Zwange der Verhältnisse weg, denn die Notwendigkeit der sparsamen Verwendung von Nahrungstoffen und der ökonomischen Einteilung und Verwendung der Arbeitskräfte ist so dringend, daß ihr gegenüber Bedenken solcher Art fallen müssen. Kleinlich wirkt dem gegenüber das Hervorkehren eines Vorurteils, kleinlich die Annahme, das Familienleben könnte leiden, und kleinlich das versteckte Gefühlsmoment gegen diese Einrichtung.“

Ohne Zweifel ist jeder dieser Gründe zutreffend. Seit jeher ist es wahrhaftige Verschwendung, daß in einem städtischen Zinshaus mit dreißig kleinen Parteien an dreißig kleinen Herdstellen gefeuert wird, um fast die gleiche, oft armselige Kost von dreißig Frauen herstellen zu lassen, obgleich eine geübte Köchin die ganze Kost an einem Herde besser und billiger herstellen könnte. Aber diese Verschwendung wurde gutgeheißen und aufrecht erhalten, um des überlieferten Stolzes eines jeden, seinen „eigenen Rauch“ zu haben und so den letzten Rest des früher einmal allgemeinen Besitzes eines eigenen Häuschens zu behaupten. Nun scheint der Krieg auch in dieses intimste und zäheste Vorurteil Drefche zu legen.

In welchem Geiste diese Versuche draußen aufgenommen werden, möge die Stimme der „Kölnischen Zeitung“ zum Projekt Batockis beleuchten: „Mit besonderer Freude begrüßen wir es deshalb, daß gleichzeitig mit der Erklärung des Herrn v. Batocki auch in der Kölner Stadtverordnetenversammlung die Frage gründlich erörtert worden ist. Was Köln tun wird, verdient über die Grenzen der Stadt hinaus insofern Beachtung, als unsere Stadtverwaltung bisher die Schrittmacherin war. Andere Städte sind nachgekommen und haben Einrichtungen nach dem Kölner Beispiel getroffen. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn die Stadt Köln auch in dem neuen Stadium, in das die Frage der Massenspeisungen durch die Anregung des Kriegsernährungsamtes eingetreten ist, die Führung behielte.“ Also werden wohl die Stadtverwaltungen Deutschlands in dieser Sache wetteifern, nicht anders, als ob es sich um städtische Lustparks, um Rathausbauten oder Schützenempfangs handelte und nicht um eine Maßregel, die tief in den Bereich der deutschen Familie eindringt. Und obgleich die Stadtverordnetenversammlung vor einem Zwang zur Teilnahme abnahm, meint das bürgerliche Blatt: „Aber für sich hätten wir nichts dagegen einzuwenden, wenn der neue Präsident des Ernährungs-

amtes wenigstens für die Städte einen Zwang zur Teilnahme an den Speisegemeinschaften vorschriebe.“ Und es empfiehlt sich, die Begründung der Stadtverordneten selbst zu lesen: „Die Speisegemeinschaft liegt einmal im Interesse der einzelnen Personen, vor allem aber im Interesse der Allgemeinheit. Für die einzelnen wird durch die Beteiligung an der Gemeinschaft die Jagd nach den Lebensmitteln überflüssig, die so viel Zeit fordert und so viel Ärger schafft. Sie wird aber außerdem nach dem bekannten Wirtschaftsgesetz die Lebensführung verbilligen. Der Allgemeinheit aber — und das ist das Ausschlaggebende — wird so die größtmögliche Sparsamkeit mit Lebensmitteln garantiert, die dringend notwendig ist. Daß das übliche Behagen darunter leidet, ist zuzugeben. Aber die Einsparungsmöglichkeiten sind so groß, daß die in normalen Zeiten ausschlaggebenden Bedenken heute kein Gewicht haben dürfen.“

Wie ist diese Speisegemeinschaft organisiert? Natürlich vorläufig von Stadt zu Stadt verschieden. Sehen wir das Muster Hamburgs voran. Dort in der Hafenstadt, die durch den Krieg geraume Zeit stillgelegt war, ist die Einrichtung schon älter, sie hat sich aus einfachen humanitären „Auspeisungen“ für Arbeitslose durch die wachsende Zahl der Teilnehmer von selbst zur „Speisegemeinschaft“ fortgebildet. Es wurde die ganze Stadt Hamburg mit einem Netz von Speisestellen überzogen, in denen zwischen 12 und 2 Uhr zusammengekochtes Essen gegen Entgelt abgegeben wird. Für die Einrichtung werden Staatsgebäude, namentlich Turnhallen, Wohlfahrtsanstalten, Fabriken und Privaträume verwendet. Alle Küchen unterstehen dem Speisungsausschuß der hamburgischen Kriegshilfe. Allwöchentlich werden die Küchenzettel mit genauer Angabe der Zutaten vom Speisungsausschuß herausgegeben. Alle Küchen haben die Speisen in gleicher Menge, zu gleicher Zeit und zum gleichen Preise zu liefern. Das Essen wird meistens abgeholt, kann aber auch an Ort und Stelle verzehrt werden. Die Abgabe erfolgt an jeden, ohne Prüfung der Bedürftigkeit. Anfangs waren die Kriegsküchen vorwiegend für Frauen und Kinder und für die Arbeitslosen eingerichtet. Der Zuspruch war zunächst groß, belief sich zum Beispiel im September 1914 auf 318.710 Essen für Erwachsene und 106.523 Essen für Kinder, verringerte sich aber mit der Abnahme der Arbeitslosigkeit mehr und mehr und erreichte seinen Tiefstand im Jänner 1915 mit 178.063 Essen für Erwachsene und 58.711 Essen für Kinder. Die schnelle Preissteigerung stellte die hamburgischen Kriegsküchen im Frühjahr vor neue Aufgaben. Es galt fortan nicht nur für Arbeitslose, sondern auch für Personen mit geringem Verdienst zu sorgen. Um der neuen Aufgabe gerecht zu werden, wurde das Essen für Erwachsene von drei Viertelliter auf einen Liter vermehrt und die Fleischmenge von 60 auf 100 Gramm gesteigert. Trotzdem wurde der Ausgabepreis zunächst überhaupt nicht und vom 1. August 1915 an um nur 5 Pfennig, also von 15 auf 20 Pfennig erhöht. Im Oktober wurden täglich rund 36.000 Liter in 43.000 Essen — das Kinderessen umfaßt einen halben Liter — ausgegeben. Die Zahl der Küchen betrug damals 67. Bis zum Oktober betrug der monatliche Zuschuß der Kriegshilfe rund 140.000 Mark.

Und nun setzt Berlin noch in größerem Maßstab auf einmal ein: Der Wirtschaftsausschuß für Volksspeisung hat beschlossen, in aller nächster Zeit die Berliner Bevölkerung zu einer Anmeldung aufzufordern, in welchem Umfang sie schon im Laufe des Sommers von der neuen Einrichtung Gebrauch zu machen gedenkt. Nach Maßgabe dieser Anmeldung werden dann die verschiedenen Stadtteile, sei es gleichzeitig, sei es nacheinander, in Angriff genommen werden. Die Stadt soll in 25 bis 30 große Kochbezirke geteilt werden, die unter Aufsicht von fünf bis sechs Ausschüssen stehen, die ihrerseits wiederum von dem Magistrat und dem Wirtschaftsausschuß geleitet werden. Die Vorsorge beschränkt sich nicht auf einzelne Bevölkerungsschichten. Man rechnet schon für den Anfang, daß sich bis zu einer halben Million Menschen als Bezugsnehmer melden werden. Durch die eingeleiteten Ermittlungen soll festgestellt werden, wie sich das Bedürfnis auf die Stadtgegenden verteilt. Die Meldungen sind unverbindlich. Gegeben wird warmes Mittagmahl und warmes Nachtmahl zu geringem Preise. Man nimmt an, daß es von der überwiegenden Mehrheit in Heim und Familie genossen werden wird. Für die Ausgabe des Mittagessens ist die Zeit von 12 bis 2 Uhr vorgesehen. Schon heute steht fest, daß die Zubereitung und Ausgabe der Speisen ohne die Mitwirkung der Gastwirtschaften vor sich gehen wird.

Man erkennt aus der ganzen Anlage der neuen Einrichtung, daß es sich nicht um Wohltätigkeit, sondern um Ernährungsvorsorge, nicht um Aushilfe, sondern um einen regelrechten Ersatz der Privatküche handelt. Man kann auf die weiteren Schritte gespannt sein, hat aber heute schon Ursache, die streng methodische Art, mit der Deutschland jede Aufgabe ansieht, ernstlich zu bestaunen.